



## **Zählergemeinschaftsvereinbarung** **zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen** **in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf** **(4. Wahlperiode)**

### **PRÄAMBEL**

SPD und Bündnis90/Die Grünen beschließen für die 4. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf die Bildung einer Zählergemeinschaft. Damit verbinden wir den Anspruch, unseren Bezirk ökologisch und sozial zu gestalten und zudem bürger/-innenfreundlich und innovativ zu verwalten. Wir setzen damit unsere erfolgreiche Zusammenarbeit der letzten zehn Jahre fort.

Neben der Festlegung von kommunalpolitischen Schwerpunkten dient diese Zählergemeinschaftsvereinbarung zunächst der Wahl dreier Bezirksamtsmitglieder.

- Das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister liegt auf Seiten der SPD. Beide Fraktionen melden den vorgeschlagenen Kandidaten als Zählergemeinschaft zur Wahl an.
- Bündnis 90/Die Grünen und SPD schlagen je ein weiteres Bezirksamtsmitglied vor.
- Die Zählergemeinschaftspartner stellen die Wahl dieser drei Kandidat/-innen durch ihre Fraktionen sicher.

### **Die Bezirksamtsmitglieder der Zählergemeinschaft übernehmen im Bezirksamt folgende Ämter:**

**SPD:** SE Finanzen, SE Personal, Ordnungsamt, Stadtentwicklungsamt, Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt, Rechtsamt, Wirtschaftsförderung, Steuerungsdienst, Pressestelle, OE Sozialraumorientierte Planungskoordination, Beauftragte für Datenschutz, Migration, Frauen- und Gleichstellung, EU-Beauftragte, Partnerschaften, Behinderte, Spielplatzkommission.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Jugendamt, Schul- und Sportamt, Umwelt- und Naturschutzamt

### **Wirksamkeit**

Diese Zählergemeinschaftsvereinbarung tritt mit den Unterschriften der unten aufgeführten Verhandlungspartner/-innen in Kraft und gilt vom Zeitpunkt der Datierung bis zum Ablauf der 4. Wahlperiode.

# KOMMUNALPOLITISCHE SCHWERPUNKTE

## *FINANZEN, PERSONAL, VERWALTUNG*

### **Bezirke stärken: Strukturelle Unterfinanzierung beheben / interne Querschnittsaufgaben optimieren**

Die Finanzsituation des Landes Berlin wirkt sich unmittelbar auf die Bezirke aus; finanzielle Spielräume sind durch Sparvorgaben des Senats eng geworden.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird sich die Zählgemeinschaft – wie in der Vergangenheit auch – dafür einsetzen, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Bezirke verbessern und sie für ihre Aufgaben auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt bekommen.

Durch eine umsichtige Haushaltspolitik wollen wir auch in Zukunft weitestgehend öffentliche Angebote aufrechterhalten und neue Ideen umsetzen – insbesondere auch im Bereich Jugend und Bildung.

Die Projekte der Zählgemeinschaft sind vorrangig durch Umschichtungen im Bezirkshaushalt zu finanzieren. Der Bezirk setzt sich beim Senat für die Finanzierung der gemeinsam vereinbarten Maßnahmen ein. Beide Fraktionen planen gemeinsam mit den rot-grünen Bezirksamtsmitgliedern den Haushalt und die Investitionsmaßnahmen. Aufgabe bleibt es zu prüfen, wie bezirkliche Ressourcen stärker optimiert und noch nicht ausgeschöpfte Sparpotenziale aktiviert werden können. Ziel ist es, interne Querschnittsaufgaben zu bündeln und effizienter zu gestalten (z. B. im Bereich der Personal- und Gebäudeverwaltung sowie bei der Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik).

Wir wollen prüfen, ob wir zusammen mit mindestens einem weiteren (Nachbar-)Bezirk überbezirkliche Dienstleistungszentren aufbauen können.

Um dem strukturellen Haushaltsdefizit im Bezirk zu begegnen, werden die Zählgemeinschaftspartner die Nutzung der bezirklichen Immobilien, vor allem der drei Rathaus-Standorte, nochmals überprüfen.

Zur Steuerung wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des Bezirksamtes eingesetzt, die durch weitere externe Experten/-innen der jeweiligen Parteien unterstützt werden kann.

Die rot-grüne Zählgemeinschaft erkennt an, dass die Mitarbeiter/-innen des Bezirksamtes trotz schwieriger Bedingungen in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet haben. Um die Zufriedenheit der Mitarbeiter/-innen zu steigern und die Aufgaben des Bezirks zuverlässig zu erledigen, werden wir alle Möglichkeiten der zusätzlichen Personalgewinnung ausschöpfen.

Das Beschwerdemanagement in den einzelnen Abteilungen wird evaluiert und ggf. weiter qualifiziert. In einigen Ämtern sollen Zielvereinbarungen geschlossen werden. Sie dienen der Transparenz und Qualitätssicherung von Verwaltungshandeln.

### **Ämterübergreifende Sozialraumorientierung (SRO) im Bezirk**

Die Umsetzung der ämterübergreifenden SRO stellt einen notwendigen und wichtigen Veränderungsprozess in den kommenden fünf Jahren dar. Dies erfordert neue Formen der Kooperation, Koordination und Kommunikation aller Beteiligten und der Bürger/-innen vor Ort zugunsten einer Stadt(teil)entwicklung. Die zu diesem Zweck neugeschaffene, dem Bezirksbürgermeister zugeordnete "Organisationseinheit Sozialraumorientierte

Planungskoordination" ist entsprechend der Forderung des Rates der Bürgermeister durch das Land zusätzlich im Haushalt abzubilden.

Zur SRO-Weiterentwicklung im Bezirk wird zeitnah eine gemeinsame Fraktionsklausur durchgeführt, bei der unterschiedliche Modelle des sozialraumorientierten Arbeitens vorgestellt und diskutiert werden können. Ziel ist es, sich auf gemeinsame Verfahren zur SRO-Stärkung zu verständigen, wobei auch die Zuständigkeit jeweils eines Bezirksamtsmitglieds für einen Sozialraum in Form einer Matrixorganisation geprüft werden soll.

### ***BÜRGERINNENBETEILIGUNG, KIEZKONFERENZEN***

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen eine frühzeitige und verbindliche Beteiligung der Bürger/-innen an den Entscheidungen im Bezirk als besonders wichtige Aufgabe für die neue Wahlperiode an. Die in den letzten fünf Jahren durchgeführten Kiezkonferenzen zum Bürgerhaushalt waren ein guter Ansatz, um neue Beteiligungsformen zu erproben und die Bürger/-innen mit ihren Anregungen und Wünschen in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden.

Um auf unserer bisherigen Arbeit aufzubauen, wollen wir hierzu das Angebot von eOpinio zur Einrichtung einer Beteiligungsplattform für alle Charlottenburg-Wilmersdorfer/-innen nutzen, um ein niedrigschwelliges und für eine hohe Interessent/-innenzahl attraktives Beteiligungsangebot zu etablieren. Die hierfür notwendigen einmaligen Einrichtungskosten werden die Zählgemeinschaftspartner im Haushaltsplan 2012/2013 absichern. Mittelfristig wollen wir den bezirklichen Internetauftritt um ein Informations- und Beteiligungsangebot zu bezirklichen Bauvorhaben erweitern.

Den unmittelbaren Kontakt von engagierter Bürgerschaft und Bezirkspolitik, wie er auf den Kiezkonferenzen stattfand, wollen wir in Zukunft intensivieren. Dazu soll im Rahmen einer interfraktionellen Projektgruppe mit dem Bezirksbürgermeister die zukünftige räumliche wie inhaltliche Ausrichtung der Konferenzen zügig beraten und beschlossen werden. Hierbei wollen wir die bisher gewählten Kiezbeiräte aktiv einbeziehen, um ihre Erfahrungen und ihr Engagement auch im zukünftigen Beteiligungsprozess angemessen berücksichtigen zu können. Generell werden geeignete Maßnahmen geprüft, um Bürger/-innen repräsentativ in die Beteiligungsprozesse einzubinden. Einladungen und Informationen werden gegebenenfalls auch mehrsprachig erstellt.

Ziel der Zählgemeinschaftspartner ist es, die Beratungsdauer für die Anliegen der Bürger/-innen deutlich zu verkürzen, damit ihnen Entscheidungen und politische Unterstützungsangebote zeitnah präsentiert werden können.

### ***STADTENTWICKLUNG, BAUEN, GRÜNFLÄCHEN, VERKEHR***

#### ***Stadtentwicklung***

##### **Grundsätzliches**

Mit unserer rot-grünen Baupolitik wollen wir den Einstieg in eine ökologische und soziale Stadtentwicklung im Bezirk erreichen. Unser Ziel ist die Stärkung des Bezirks als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Dabei werden wir das Interesse an einer baulichen Ergänzung mit ökologischen und sozialen Belangen in Ausgleich bringen. Wo wir einer behutsamen Verdichtung zustimmen, sind entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Zusätzliche Versiegelungen sollen durch kompensatorische – nach Möglichkeit öffentlich nutzbare – Grünmaßnahmen ausgeglichen werden.

Die Bereichsentwicklungsplanung ist das bezirkliche Planungsinstrument, mit dessen Hilfe die infrastrukturelle und bauliche Entwicklung gelenkt werden soll. Dies muss sowohl öffentliche als auch

privat getragene Vorhaben umfassen und eine in sich konsistente Weiterentwicklung von Quartieren zum Ziel haben.

Der Bezirk nimmt den Klimaschutz ernst und bemüht sich um Modellprojekte zur energetischen Sanierung. Energiesparcontracting-Modelle sollen darüber hinaus stärker in den Blick genommen werden.

Zentrales Anliegen der Zählgemeinschaft ist die Stärkung der City-West als Wohngebiet mit einer ausgewogenen sozialen Mischung. Deswegen setzen wir uns dafür ein, alle Instrumente zu nutzen, um im Bestand die Anzahl der Wohnungen in allen Preiskategorien beizubehalten. Daraus folgt, dass die bereits weit fortgeschrittenen Wohnsicherungspläne im Innenstadtbereich zügig festzusetzen sind, um einer weiteren Umwidmung von Wohn- in Gewerberaum entgegenzutreten. Weitergehende planungsrechtliche Instrumente (Milieuschutz- und Erhaltungssatzungen) werden wir prüfen und wo möglich und sinnvoll zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums nutzen.

Bei Neubauprojekten werden wir die rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen, um den Bau preiswerter Wohnungen einzufordern. Gleichzeitig achten wir auf ökologisches Bauen und auf einen angemessenen Grünausgleich bei Versiegelungen. Vorrang hat die zusätzliche Versorgung mit Wohnraum für unterschiedliche soziale Gruppen; Zielsetzung ist die Erhaltung und Förderung der sozialen Durchmischung im Bezirk. Bauvorhaben sollen in der Regel einen Wohnanteil von mind. 25 % aufweisen.

Zentraler Baustein zu einer Weiterentwicklung des Wohnstandorts ist auch eine gezielte Liegenschaftspolitik. Eine entsprechende Bestandsaufnahme bezirklicher Grundstücke soll Ausgangspunkt der Ausweisung neuer Wohnorte werden. Insbesondere die derzeit als Parkplatz genutzten Flächen werden wir auf ihre Eignung als Standorte für Wohnungsneubau untersuchen. Im Rahmen der Arbeit des Liegenschaftsfonds setzen wir uns für eine vorrangige Vergabe von Grundstücken an Baugruppen, Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften ein. Dabei sollen insbesondere auch altersgerechte Wohnformen unterstützt werden.

Bei allen Planungen werden wir ein Höchstmaß an Transparenz und Bürgerbeteiligung einhalten. Dazu sind insbesondere sämtliche Bebauungsplanentwürfe vollständig im Internet zu veröffentlichen. Zu Bauvorhaben von städtebaulicher Relevanz werden wir die Bürger/-innen frühzeitig in gesonderten Veranstaltungen ergänzend zu der gesetzlich vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung informieren.

Der Bezirk entwickelt ein Einzelhandelskonzept. Dazu lädt er zu einer Konferenz des Einzelhandels ein. Die Nahversorgungszentren sind zu erhalten und zu stärken. Weitere Discounter abseits der Geschäftsstraßen sollen verhindert werden.

Straßen und Plätze werden grundsätzlich nach Frauen be- und umbenannt. Über Ausnahmen entscheiden die Fraktionen der Zählgemeinschaft einvernehmlich.

### **Konkrete Vorhaben**

Das Bauvorhaben am Adenauerplatz werden wir weiter unterstützend begleiten.

Die Gerhart-Hauptmann-Anlage bleibt als qualifizierte Grün- und Naherholungsfläche mit mindestens einem Bolzplatz und einem Spielplatz mit mindestens der gleichen Größe wie im Bestand erhalten. Der Spielbetrieb des Hauses der Berliner Festspiele darf nicht gefährdet werden. Favorisiert wird deshalb der Erwerb der Investorengrundstücke durch den Bund. Sollte der Investor neue Planungen beabsichtigen, müssen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort in einer Planungswerkstatt neue Möglichkeiten einer Bebauung auf dem Areal geprüft werden, um den derzeitigen städtebaulichen Missstand zu beseitigen.

Die Planungen auf Basis des Entwurfs von David Chipperfield zur Umgestaltung des KuDamm-Karrés werden von uns im Grundsatz getragen. Sollten diese Planungen nicht Grundlage eines Bebauungsplanverfahrens sein, behält sich die Zählergemeinschaft vor, an einem Theater im Bestand festzuhalten. Eine Zustimmung zu einem Bebauungsplan wird nur erfolgen, wenn auch die Zwischenlösung für die ansässigen Theater geklärt ist. Wichtig ist auch die Unterstützung des Theaterbetriebes bis zur tatsächlichen Bauinvestition. Wir werden darauf achten, dass im Karré eine kleinteilige und hochwertige Nutzung erfolgt.

Wir setzen uns für eine ortsverträgliche, den lokalen Potentialen gerecht werdende Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs Grunewald unter Einbindung der Bevölkerung ein. Die derzeitigen Planungen zur Errichtung eines Möbelgroßmarktes sind keine taugliche Grundlage für die zukünftige Nutzung. Statt das Gelände einer überdimensionierten Monostruktur zu überlassen, befürworten wir eine kleinteilige Nutzung des Areals unter Einbezug des denkmalgeschützten Baubestandes. Dabei sind die Belange des Naturschutzes und Möglichkeiten der Wohnnutzung (z. B. autofreies Wohnen) zu berücksichtigen. Allerdings muss vor einer über die derzeitige Nutzung hinausgehenden Bebauung die Anbindung geregelt werden. Die Cordesstraße kommt dabei als alleinige Zuwegung in ihrer jetzigen Form nicht in Betracht. Gleichzeitig muss eine Nutzung auch Rücksicht auf die nähere Umgebung nehmen. Dies gilt insbesondere für das Mahnmahl Gleis 17, aber auch für die Eingangssituation zur City-West.

### **Campus Charlottenburg**

Wir wollen die City-West als Wissenschaftsstandort in Kooperation mit den Universitäten sichern und weiterentwickeln. Deswegen unterstützen wir den Campus Charlottenburg und Initiativen zur Ausgründung von Unternehmen aus den im Bezirk ansässigen Hochschulen. Die Planungshoheit für den Campus muss beim Bezirk bleiben. Zur Weiterentwicklung des Hochschulstandorts werden wir auch das Gelände des geplanten Aussichtsrades in den Blick nehmen, wenn die Pläne zu dessen Errichtung endgültig eingestellt sind.

## ***Bauen***

### **Stadtplätze**

Wir wollen die begonnene Qualifizierung der Stadtplätze fortsetzen. Dazu sind in den unterschiedlichen Quartieren die Stadtplätze sukzessive umzugestalten und mit größerer Aufenthaltsqualität zu versehen. Dies gilt insbesondere für den Olivaer Platz, wo wir den begonnenen Wettbewerb fort- und umsetzen wollen und für den Bundesplatz, wo wir langfristige massive Umgestaltungen des Verkehrsraums prüfen werden. Auch beim Adenauerplatz/südliche Wilmersdorfer Straße sehen wir noch Optimierungspotential; hier wird geprüft, ob eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs, etwa durch Einrichtung einer Begegnungszone, erreicht werden kann.

Durch eine ansprechende Stadtgestaltung soll der Bundesplatz zu einem Platz mit höherer Aufenthaltsqualität werden. Dazu ist zu prüfen, wie die Bundesallee stadtverträglich umgebaut werden kann, - als ein Beispiel, um weitere verkehrsreiche Plätze des Bezirks zu entlasten und deren Attraktivität zu erhöhen.

Den Hardenbergplatz wollen wir als Stadtplatz und Eingang zum Zoo neu entdecken, ihn aber gleichzeitig als Verkehrsplatz mit verbesserten Umsteigebeziehungen erhalten. Eine ggf. von einem privaten Investor zu errichtende Tiefgarage darf dabei nicht wesentlich mehr als die derzeit auf dem Platz befindliche Anzahl an Stellplätzen erhalten (maximal 300 Stellplätze, gemäß BVV-Beschluss). Eine Neugestaltung des Platzes darf nicht zu einer Privatisierung des öffentlichen Raumes führen.

Die Aufenthaltsqualität des Ernst-Reuter-Platzes soll durch eine bessere Erreichbarkeit der Insel erhöht werden. Der Radverkehr wird in beiden Richtungen um den Platz geführt.

Der KLAUSENERPLATZ - ÖKOKIEZ 2020 wird mit einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit weitergeführt. Dazu werden die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Modellvorhaben des Ökokiezes unterstützt. Das Bezirksamt wird die Finanzierung eines Klimaschutzmanagers beantragen, den erforderlichen Eigenanteil fordern wir beim Senat ein.

### **Grünflächen**

Alle im Bezirk als Grünflächen gewidmeten Flächen werden erhalten, gepflegt und entwickelt. Für die Gartendenkmale sind sukzessive Pflegepläne aufzustellen. Ziel muss es sein, dass eine Nachpflanzung für jeden abgängigen Straßenbaum erfolgt. Dabei sind neben privaten Spenden auch andere Finanzierungsquellen zu erschließen.

Wir wollen in den kommenden Jahren den Schwerpunkt auf die Qualifizierung und den Ausbau der Spielplätze legen. Wir wollen möglichst alle Spielplätze erhalten. Dazu werden wir eine Spielplatzentwicklungsplanung auflegen, die auch Grundlage für die Verteilung der aus den Großwerbeanlagen zu erwartenden Mittel ist. Die im Einzelfall sinnvolle Aufgabe eines Spielplatzes ist zu kompensieren. Dabei werden wir Anwohner/-innen und Nutzer/-innen in Gestaltung und Unterhalt einbeziehen. Ehrenamtliche Teams sollen für die Pflege der Parks gewonnen und unterstützt werden. Die Bürger/-innen werden auch über umfangreiche Fällungen im Park frühzeitig informiert.

Dem Teufelsberg als zentrales Naherholungsgebiet über die Bezirksgrenzen hinaus ist mehr Aufmerksamkeit und Pflege zu widmen. Dazu gehört auch eine Lösung für die unbefriedigende Situation der ehemaligen Abhörstation.

Angesichts der verfügbaren Haushaltsmittel werden wir einen Schwerpunkt auf dem Erhalt der Naherholungsfunktion als Daseinsvorsorge legen. Wir wollen die Bürger/-innen in die Grüngestaltung einbeziehen, indem wir etwa Gemeinschaftsgärten ermöglichen.

Die Kleingärten im Bezirk wollen wir erhalten, die bestehenden Kolonien langfristig planungsrechtlich sichern; das schließt Durlach, Wiesbaden, Stadtpark und Oeynhausen mit ein.

### **Zusammenarbeit im Baubereich**

Monatlich treffen sich die rot-grünen Baupolitiker/-innen mit dem zuständigen Mitglied des Bezirksamtes, um die aktuellen Vorhaben zu beraten und gemeinsame Absprachen zu treffen. Dabei werden neue Vorhaben von städtebaulicher Relevanz konsensual abgestimmt, die interfraktionelle Position zu laufenden Projekten festgelegt, städtebauliche Verträge und Investitionsvorhaben besprochen und über relevante Baugenehmigungen mit Befreiungen vorab informiert.

### **Verkehr**

#### **Integriertes Verkehrskonzept für Charlottenburg-Wilmersdorf**

Die rot-grünen Bezirksamts- und Fachausschussmitglieder werden zu Beginn der Wahlperiode ein bezirkliches Verkehrskonzept unter Berücksichtigung der Stadtentwicklungsplanung der Landesebene erarbeiten. Dieses wollen wir mit Expert/-innen aus verschiedenen Bereichen entwickeln und

öffentlich zur Diskussion stellen. Damit sollen auch verlässliche Handlungsstrukturen von Planung bis Umsetzung zwischen den rot-grün geleiteten Abteilungen verabredet werden.

Folgende Schwerpunkte sollen in diesem Verkehrskonzept u. a. ihren Platz finden und helfen, von Ressourcen bindenden, kleinteiligen Maßnahmen und Vorhaben mittelfristig abzurücken und die Verkehrsplanung als sinnvolles und notwendiges Element einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik zu verstehen:

### **Modal Split**

Durch einen neuen Modal Split mit Car-Sharing, E-Mobilität und besseren Fußverbindungen sowie dem konsequenten Ausbau der Fahrradinfrastruktur soll der Autoverkehr im Bezirk weiter verringert werden. Der Bezirk soll auf einen steigenden Fahrradverkehrsanteil vorbereitet werden. Dazu unterstützt der Bezirk die Initiativen für Carsharing durch die Ausweisung von Parkplätzen ebenso wie flexibel nutzbare Systeme für Mietfahrräder.

### **Verkehrsberuhigung**

Die Straßen in Wohngebieten wollen wir vom Durchgangsverkehr entlasten und den Verkehr entschleunigen. Tempo-30-Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen sollen dort, wo es sinnvoll ist, auch künftig zur Verkehrssicherheit und zur Lärminderung beitragen. Wir setzen uns daher auch für eine verstärkte Überwachung des fließenden Verkehrs ein.

### **Öffentlicher Nahverkehr**

Der öffentliche Nahverkehr muss leistungsfähig und barrierefrei sein. Wir setzen uns bei BVG, S-Bahn und Senat für eine zügige Ausstattung aller S- und U-Bahnhöfe mit Aufzügen ein.

Alle Regionalzüge sollen am Bahnhof Charlottenburg halten. Als Innenstadtbezirk mit hohem touristischem Besucheraufkommen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass alle auf der Stadtbahn verkehrenden Fernzüge am Bahnhof Zoo halten.

### **Erhalt der Verkehrsinfrastruktur**

Um der fortschreitenden Verschlechterung des Straßenzustands entgegenzuwirken, sind in Zusammenarbeit mit der Landesebene verstärkt substanzerhaltende Maßnahmen bei Fahrbahnen, Geh- und Radwegen sowie bei der Straßenbeleuchtung erforderlich.

### **Fußgängerwege und Fahrradrouten**

Für Fußgänger/-innen und Radfahrende soll das Wegenetz im Bezirk attraktiv sein. Dazu achten wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auf ordentliche Oberflächen der Gehwege und Fahrradstreifen genauso wie auf deren Barrierefreiheit.

Das Fahrradrouthenetz des Bezirks wird weiter ausgebaut. An der Teplitzer Straße sollen Schutzstreifen für Radfahrende umgesetzt werden. Im Bereich der Berkaer Straße soll die Planung weitergeführt und in der Finanzplanung berücksichtigt werden. Lietzenburger Straße und Kantstraße sollen für Radfahrende sicher befahrbar werden. Der Bau eines Uferweges für FußgängerInnen und Radfahrende in der Spreestadt wird vom Bezirk mit den Anliegern geplant und realisiert werden.

### **Fahrradabstellanlagen**

Das Konzept für die Fahrradabstellanlagen wird weiter fortgesetzt. Es sollen weitere Möglichkeiten geschaffen werden, um Fahrradabstellmöglichkeiten auf Parkplätzen und am Straßenrand durch Geschäftsleute und Anlieger zu installieren. Außerdem wollen wir die Möglichkeiten für leistungsfähige Fahrradparkhäuser an Verkehrsknotenpunkten ausloten und Finanzierungsmodelle prüfen lassen.

### **Begegnungszonen**

Abschnitte der südlichen und nördlichen Wilmersdorfer Straße werden verkehrsberuhigt und sollen zu Begegnungszonen umgestaltet werden, in denen Fußgänger/-innen gegenüber Fahrzeugen vortrittsberechtigt sind und Auto- und Lieferverkehr, sowie Radfahrer/-innen besondere Rücksicht

nehmen müssen. Am südlichen Olivaer Platz soll ebenfalls eine Begegnungszone eingerichtet werden. Der Bezirk wird die Anwohner/-innen beteiligen und fordert bei der Einrichtung der Zonen Unterstützung vom Senat ein. Der Bezirk prüft diese und weitere modellhafte Verkehrsraumgestaltungen auch hinsichtlich einer Finanzierung mit Bundes- und EU-Mitteln.

#### **Autofreier Tag und Parking Day**

Der Bezirk unterstützt den autofreien Tag, indem er gemeinsam mit Anliegern Straßen sperrt und Alternativen zum Auto aufzeigt. Der Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße sollen an einigen Tagen im Jahr nur für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden. Auch der Parking Day wird vom Bezirk aktiv unterstützt.

#### **Parkkonzept für Reisebusse und Parkleitsystem City-West**

Die Attraktivität der City-West zeigt sich auch durch den zunehmenden Reisebusverkehr. Um dem Abstellen von Reisebussen am Straßenrand entgegenzusteuern, wollen wir an einem Parkkonzept für Reisebusse festhalten.

Zur Verringerung des Parksuchverkehrs in der City-West soll das Parkleitsystem verbessert werden.

#### **Anwohner/-innenschutz bei Großveranstaltungen**

Wir setzen uns für einen wirkungsvollen Anwohner/-innenschutz rund um die Großveranstaltungsstätten Olympiastadion (nach dem Vorbild Bremer Weserstadion), Messegelände (besonders für den Bereich Eichkamp) und Waldbühne ein. Für alle drei Orte gilt: Die betroffenen Anwohner/-innen sind in den Prozess und die Träger der Veranstaltungsstätten in die Planungen, Logistik und Kosten einer wirksamen Lösung einzubinden. Eine Arbeitsgruppe aus Land, Bezirk und Akteuren vor Ort wird bis 2013 an der Umsetzung arbeiten.

#### **Durchwegung Westkreuz**

Die Durchwegung Westkreuz zur Rönne- und Ringbahnstraße soll in dieser Wahlperiode vorangetrieben werden. Dazu sind die entsprechenden Mittel bei der Bahn abzurufen und durch bezirkliche Investitionsmaßnahmen oder andere Mittel zu arrondieren. Der Bezirk setzt sich beim Senat für eine besondere Berücksichtigung bei der Verteilung der Ausgleichsmittel ein.

### **WIRTSCHAFT UND VERBRAUCHER/-INNENSCHUTZ**

Wir setzen uns mittels einer aktiven Wirtschaftsförderung für die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Bezirk ein. Die Ansiedlung von Gewerbetreibenden und Unternehmen, die an ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, wird befürwortet. Dies gilt insbesondere für das universitäre Umfeld von TU und UdK (Campus Charlottenburg) und den Charlottenburger Norden mit den zukünftigen Veränderungen aufgrund der Schließung des Flughafens Tegel. Wir setzen uns für die Sicherung des Messestandorts am Funkturm und des ICC ein. Die Unterstützung der Geschäftsstraßen-Initiativen und die Mittelstandgespräche werden fortgesetzt. Die kleinteilige Gewerbestruktur wollen wir erhalten. Weitere Spielhallen werden nicht nur abgelehnt, vielmehr ist deren Reduzierung erforderlich. Wir werden die bezirklichen Anstrengungen für Ausbildungsbündnisse mit den lokalen Gewerbetreibenden verstärken.

Es wird ein Runder Tisch "Tourismus" (u. a. mit den Beherbergungsbetrieben und Wirtschaftsverbänden) eingerichtet, um die Potentiale als Wirtschaftsfaktor optimal zu nutzen und zugleich eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Im Interesse eines wirksamen Verbraucher/-innenschutzes ist Transparenz in der Lebensmittel-Überwachung in der Gastronomie durch Veröffentlichung der Kontrollergebnisse geboten. Wir setzen uns für einen höheren Anteil fair gehandelter, biologisch angebaute und regionaler Produkte ein.



## **BILDUNG, JUGEND, FAMILIE, SPORT, KULTUR**

### **Bildungsbezirk Charlottenburg- Wilmersdorf**

Die Vielfalt der bezirklichen Bildungslandschaft wird weiter gefördert. Dazu zählen Kindertagesstätten sowohl in freier als auch in öffentlicher Trägerschaft. Im schulischen Bereich wird die Realisierung der Inklusion als künftige Herausforderung in enger Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort erfolgen. Bei allen Schulsanierungen streben wir weiterhin an, die Gebäude barrierefrei zu machen.

Schulen, die an einer Teilnahme des Modellversuchs Gemeinschaftsschule interessiert sind, werden aktiv unterstützt.

### **Kooperation von Schule und Jugendhilfe - Bildungsnetzwerke**

Die weitere Intensivierung der Vernetzung von Schule und Jugendhilfe ist geboten. Zur Umsetzung des bezirklichen Rahmenkonzepts ist die Finanzierung einer zusätzlichen Stelle bei den Jugendämtern durch das Land sicherzustellen.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Schulen und Kitas mit anderen Partnern und Einrichtungen im Stadtteil (Bildungsnetzwerke) und wollen außerschulische Bildungsangebote wie Bibliotheken, Musikschule, Gartenarbeitsschule, Jugendverkehrsschule, Jugendkunstschule und Ökowerk erhalten.

### **Stärkung der Jugendarbeit**

Die Vielfalt der bezirklichen Jugendeinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft soll erhalten bleiben. Gegenüber dem Land ist auf eine Überprüfung der gegenwärtigen, den Bezirk benachteiligenden Finanzierungssystematik und eine auskömmliche Finanzierung auf der Basis rahmenvertraglich abgesicherter Ausstattungsstandards hinzuwirken.

Die Ferienprogramme „Kinder in Luft und Sonne“ in der Jungfernheide und das Feriencamp Kirchvers wollen wir erhalten.

### **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Wir setzen uns für eine frühzeitige und verbindliche Information und Beteiligung des Kinder- und Jugendparlaments an für Kinder und Jugendliche relevanten Planungen ein, - gerade auch in den Bereichen Bauen, Stadtplanung, Verkehr.

### **Familienfreundlicher Bezirk**

Kinder- und Familienfreundlichkeit wollen wir als Querschnitts- und ressortübergreifende Aufgabe im Bezirksamt verankern, insbesondere in den Bereichen Bauen, Stadtplanung, Verkehr. Die Leitlinien für einen familienfreundlichen Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf werden mit allen Abteilungen und weiteren Beteiligten weiter konkretisiert und umgesetzt.

Das LOKALE BÜNDNIS FÜR FAMILIE unterstützen wir weiterhin, insbesondere durch verstärkte Einbeziehung der Wirtschaft.

Bestehende Einrichtungen wie z. B. Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen zu Familien- und Nachbarschaftszentren entwickelt werden, in denen familienorientierte Angebote wie z. B. Elternbildung, Erziehungsberatung, Geburtsvorbereitung, Koch- und Integrationskurse an einem Ort angeboten werden. Für den notwendigen Aus- und Aufbau allgemeiner familienfördernder Angebote nach § 16 SGB VIII (Elternbildung, Stadtteilmütter etc.) bedarf es einer finanziellen Unterbreitung durch entsprechende Budgetansätze von Seiten der Landesebene.

### **Sport**

Sport verbindet und integriert Menschen; er dient der persönlichen Gesundheit. In enger Kooperation mit dem Bezirkssportbund unterstützen wir die rund 200 gemeinnützigen Sportvereine und Sportgemeinschaften in ihrer ehrenamtlichen Arbeit. Dazu zählt auch ihr bürgerschaftliches Engagement bei der Pflege des Rahmengrüns. Wir setzen uns für die öffentliche Förderung des kommunalen Breitensports unter Berücksichtigung der nichtorganisierten Sporttreibenden und der

Geschlechtergerechtigkeit ein. Dazu zählen vor allem der Bau, die Unterhaltung und Modernisierung der Sportstätten, eine Intensivierung der Kooperation von Sportvereinen mit Kitas und Schulen, eine Sportentwicklungsplanung auf Bezirksebene und die Fortsetzung des Runden Tisches "Gender Mainstreaming und Sport".

### **Kultur**

Bei der bezirklichen kulturellen Arbeit sollen interkulturelle Projekte besonders für Kinder und Jugendliche verstärkt ins Blickfeld genommen werden. Die Förderung ehrenamtlichen Engagements in den Einrichtungen soll gestärkt werden. Die Vermittlung von kultureller Bildung soll für alle Altersgruppen barrierefrei und unabhängig von der Herkunft möglich gemacht werden.

Die Kulturangebote des Bezirks werden einer Evaluation bezüglich des Verhältnisses der Kosten zur tatsächlichen Nutzungsintensität unterzogen. Sich eventuell ergebende Optimierungspotentiale sollen für die Einrichtung von Mitmach-Angeboten für Kinder und Jugendliche genutzt werden wie z. B. in der Remise (Otto-Grüneberg-Weg).

### **SOZIALES, GESUNDHEIT**

Die rot-grüne Zählgemeinschaft wird die gute Gesundheitsversorgung im Bezirk erhalten und ausbauen. Hierzu gehören auch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Zur Umsetzung der sozial- und gesundheitspolitischen Themen befördern wir eine noch stärkere Vernetzung der beteiligten Einrichtungen und Initiativen.

Wir unterstützen weiterhin das Projekt „Demenzfreundlicher Bezirk“ und fördern und begleiten Programme zum Thema „Wohnen und Leben im Alter“.

Die Arbeit der Patientenfürsprecher/-innen wird weiterhin unterstützend begleitet. Die Drogenprävention im Bezirk muss weiter gefördert werden. Hierzu sind außer dem Drogenmobil weitere Einrichtungen einzubeziehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, damit die Schuldnerberatung und die Kältehilfe weiter finanziert werden können. Die Obdachloseneinrichtungen im Bezirk müssen erhalten und weiterhin unterstützt werden.

Die rot-grüne Zählgemeinschaft unterstützt die Weiterführung und den Ausbau des Projektes STADTEILMÜTTER und wird sich auf Landesebene für eine Finanzierung interkultureller Familienarbeit einsetzen.

Wir werden das Stadtteilmanagement am Mierendorffplatz und in Charlottenburg-Nord weiter fördern. Bürgerschaftliches Engagement von Initiativen wird im Bezirksamt unterstützt. Bestehende Anlaufstellen wie das Nachbarschaftshaus in der Herbartstrasse und den „Divan“ im Klausenerplatzkiez wollen wir unterstützen.

Die bezirklichen Seniorenclubs sind zu erhalten, stärker interkulturell auszurichten und in die Vor-Ort-Vernetzung einzubeziehen. Die Zusammenarbeit des Seniorenclubs in der Nehringstraße mit den umliegenden Einrichtungen wird unterstützt.

Der Auftrag der Behindertenrechtskonvention unterstützt uns in unserer Arbeit, ein barrierefreies Leben in Charlottenburg-Wilmersdorf zu ermöglichen. Hierzu wollen wir einen Zeit- und Maßnahmenplan unter Beteiligung des Beauftragten und des Beirats für Menschen mit Behinderung erarbeiten.

Das Integrations- und Partizipationsgesetz bietet seit Januar 2011 mehr Teilhabemöglichkeiten auf bezirklicher Ebene. Hierbei stehen für uns die Arbeit des Integrationsausschusses und des Migrantenbeauftragten im Vordergrund, mit dem wir die Beteiligung der verschiedenen Migrantencommunities in demokratischen Meinungsbildungsprozessen stärken wollen. Auf Landesebene setzen wir uns für das kommunale Wahlrecht aller in den Bezirken lebender Mitbürger/-innen ein. Im Rahmen der Willkommenskultur halten wir an den Einbürgerungsfeiern fest.

Wir werden uns für eine Verbesserung der Situation im BAföG-Amt einsetzen.

## **UNSERE ZUSAMMENARBEIT**

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben in den letzten zehn Jahren rot-grüner Zählgemeinschaft gut zusammengearbeitet.

Um die Kommunikation an einigen Stellen verbindlicher zu gestalten und gemeinsame politische Initiativen zu entwickeln bzw. voranzubringen, verständigen sich beide Fraktionen auf folgende Arbeitsstrukturen:

### **Zusammenarbeit der Fraktionen**

- Zu Beginn der Wahlperiode findet eine Klausurtagung beider Fraktionen statt.
- Entlang dem Zuschnitt der Ausschüsse finden regelmäßige Treffen der Ausschussmitglieder der beiden Fraktionen statt (rot-grüne Arbeitskreise). Die rot-grünen Arbeitskreise richten sich dabei primär nach dem Ressortzuschnitt des Bezirksamts. Die zuständigen bzw. interessierten Bezirksamtsmitglieder werden eingeladen, ebenso die rot-grünen Bürgerdeputierten.
- Zudem finden jährlich Klausurtagungen der rot-grünen Arbeitskreise statt („Strategietage“).
- Jährlich und bei Bedarf treffen sich die Kreis- und Fraktionsvorstände zur Planung der gemeinsamen Arbeit.
- Die Fraktionsvorstände verständigen sich zum Antragsschluss zur Einbringung gemeinsamer Anträge und stellen eine wechselseitige Vorab-Beratung sicher. Sie vereinbaren regelmäßige Arbeitstreffen.
- Die weitere Zusammenarbeit untereinander regeln die Fraktionen in einer Vereinbarung.

---

Für den Kreisvorstand  
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

---

Für den Kreisvorstand  
Bündnis 90/Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf

---

Für den Fraktionsvorstand  
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

---

Für den Fraktionsvorstand  
Bündnis 90/Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf